



Bundeskanzleramt • 11012 Berlin

Stiftungsvorstand der Stiftung Hamburger
Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung
an die Opfer der NS-Verbrechen
Herrn Prof. Dr. Oliver von Wrochem
Jean-Dolidier-Weg 75
21039 Hamburg

ausschließlich per E-Mail:
oliver.vonwrochem@gedenkstaetten.hamburg.de

Claudia Roth MdB

Staatsministerin
für Kultur und Medien

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Postanschrift
11012 Berlin

T +49 (0)30 18400-2060
F +49 (0)30 18400-1808
bkm@bk.bund.de

Berlin, 4. April 2024

Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Ettersberg
Herrn Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller
Jenaer Str. 4
99425 Weimar

ausschließlich per E-Mail:
ganzenmueller@stiftung-etttersberg.de
joerg.ganzenmueller@uni-jena.de

Sehr geehrter Herr Professor von Wrochem,
sehr geehrter Herr Professor Ganzenmüller,

der Koalitionsvertrag hat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) für eine neue Akzentuierung der Erinnerungskultur umfangreiche Ansätze und Vorgaben mit auf den Weg gegeben. Seitdem hat uns der Überfall Russlands auf die Ukraine auf brutale Weise ins Bewusstsein gerufen, wie sehr geschichtspolitische Argumente und ihre Verdrehung dafür missbraucht werden können, einen verbrecherischen Angriffskrieg zu rechtfertigen. Auch der israelfeindliche Missbrauch des Begriffs „Genozid“ im Zusammenhang mit dem durch den Terrorangriff der Hamas ausgelösten Gaza-Krieg macht deutlich, wie ein geschichtlicher Begriff in einem aktuellen Konflikt instrumentalisiert werden kann.

Alleine die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa wären Grund genug, eine breite erinnerungskulturelle Diskussion anzustoßen. Dafür habe ich im

Februar einen ersten Entwurf eines Rahmenkonzepts Erinnerungskultur vorgelegt, der aktuelle gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatten aufgreift.

Das Menschheitsverbrechen der Shoah und die Verbrechen des Nationalsozialismus im Ganzen nehmen als Zivilisationsbruch eine einzigartige Rolle in der deutschen Erinnerungskultur ein. Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen ist für das staatliche Selbstverständnis der Bundesrepublik zentral und duldet keine Relativierung.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR sind weiterhin wesentlicher Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Das Gedenken an die zahlreichen Opfer des kommunistischen Überwachungs- und Repressionsapparates und des Grenzregimes des SED-Unrechtsstaates stehen dabei im Mittelpunkt. Die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen duldet keine Bagatellisierung.

Eine Erinnerungskultur, die sich den Aufgaben der Zeit stellt, wird aber auch das Ringen um die Demokratie in Deutschland in den Blick nehmen und die Verschiedenheit individueller und kollektiver Erinnerungen als formatives Element demokratischer Gleichheit und künftiger gemeinsamer Erinnerungen gerade in einer Einwanderungsgesellschaft würdigen.

Ich bin sehr dankbar, dass in den letzten Wochen viele Expertinnen und Experten unsere Einladungen angenommen haben und den Entwurf mit meinem Haus breit, lebhaft, konstruktiv und kritisch diskutiert haben. Wir haben viel Zuspruch erhalten, die wechselvolle deutsche Demokratieggeschichte, die Aufarbeitung des kolonialen Unrechts und die Erinnerungskultur der und in die Einwanderungsgesellschaft mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter zu erörtern, nicht zuletzt um im Prozess die Aufgabenverteilung zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Umsetzung oder Dimension und Ursachen von staatlich verursachtem Terror und politisch/rassistisch motivierten Verbrechen stärker voneinander abzugrenzen.

Eine weitere zentrale Frage lautet: Sollen und können wir nach Verflechtungen (und Unterschieden) zwischen Nationalsozialismus und Kolonialismus als Herrschaftspraxis, und zwischen Antisemitismus und Rassismus als Ausgrenzungsideologien im Sinne einer verbindenden Erinnerungskultur suchen, oder birgt die Kontextualisierung, und Neuperspektivierung genozidaler Menschheitsverbrechen sowie der ihr zugrundeliegenden Ideologien die Gefahr einer Verharmlosung der Einzigartigkeit der Shoah und des Zivilisationsbruchs?

Wir wollen gemeinsam mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft daran arbeiten, die neuen Aufgaben der Erinnerungskultur stärker konzeptionell zu konturieren. Die Idee der europäischen Versöhnung und des internationalen, erinnerungskulturellen Austauschs sind uns wichtige Orientierungspunkte. Dankbar sind wir für die Angebote an wissenschaftlicher Expertise.

Getragen wird die deutsche Erinnerungskultur weitgehend von der Arbeit der Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft und zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Daher ist es uns ein Anliegen, den Auftrag des Koalitionsvertrages bezüglich der Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption von 2008 gemeinsam mit den Einrichtungen gerecht zu werden. Hierzu werde ich die Gedenkstätten im Mai zu einem runden Tisch einladen.

Nicht zuletzt wollen wir damit den aktuellen Sorgen der Gedenkstätten Rechnung tragen und ihre Einschätzungen zu den aktuellen Herausforderungen noch genauer erfassen.

Dazu gehören beispielsweise der generationale Wandel und die antidemokratischen Entwicklungen in Deutschland, die neue Vermittlungsformate notwendig machen. Es muss dabei auch stärker als bisher die Auseinandersetzung mit den Ursachen von (Mit-)Täterschaft einer Gesellschaft unter totalitären Herrschaftsformen berücksichtigt werden.

Die historisch-politische Bildungsarbeit der Gedenkstätten an den historischen Orten, die zumeist auch Tatorte waren, ist auch vor dem Hintergrund geschichtsrevisionistischer Positionen gerade im digitalen Raum zentral.

Die Lebenswirklichkeit in Deutschland ist durch Migration und Einwanderung geprägt, auf die die Gedenkstätten ebenso wie auf andere Herausforderungen der diversen Gesellschaft bereits mit vielen Angeboten reagiert haben. Noch stärker müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie die Erinnerung an die Shoah und die Lehren aus der Geschichte in und für eine Einwanderungsgesellschaft vermittelt werden können.

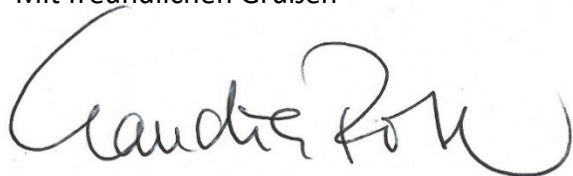
Der Erhalt der historischen Bausubstanz, notwendige weitere wissenschaftliche Vertiefungen auch zur Nachnutzung historischer Orte und nicht zuletzt die Konsequenzen der medialen Transformation der Wissensgesellschaft sind Themen, die auch förderpolitische Fragen aufwerfen. Ich bin mir mit den Gedenkstätten und dem Zentralrat der Juden in

Deutschland einig, dass wir uns hierzu noch vertiefter über den Sommer austauschen sollten, um als BKM im Herbst eine aktualisierte, zukunftsfähige Gedenkstättenkonzeption vorlegen zu können, die einen breiten demokratischen Konsens widerspiegelt.

Gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag habe ich mich in den letzten Jahren für eine bessere Ausstattung der Gedenkstätten eingesetzt. Insbesondere über Investitionsvorhaben und Projekte wie „Jugend erinnert“ ist uns einiges bereits gelungen. Ich bin zuversichtlich, dass wir in einem gemeinsamen Vorgehen mit den Gedenkstätten, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der SED-Opferbeauftragten und dem Deutschen Bundestag an unserer Seite die Einrichtungen zukunftssicher aufstellen können.

Der Grundgedanke der bisherigen Gedenkstättenkonzeption, den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie, bleibt dabei weiterhin handlungsleitend.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gaudis FOU". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'G' and a long, sweeping underline.